

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 46 — 98. Jahrgang



Verantwortlicher Redakteur: Amt Wilsdruff 206
Telefon: 206
Postfach: Dresden 2640

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Nr. 46 — 98. Jahrgang

Bemerkungen zum Tage

Europa und die Wilden in USA.
In Abwandlung einer Redensart kann man sagen, Europa ist doch besser als die Wilden in USA. Roosevelt, Pittman, Johnson, Ladd und der ganze dazugehörige Ruderkriegel spielen verrückt, gegen Europa. In Europa aber wundert man sich darüber, daß man in den Vereinigten Staaten von Nordamerika so fest am aufgehetzt ist. Sogar der englische Ministerpräsident Chamberlain hat sich bemüht gefühlt, während der Währungsansprache im englischen Unterhaus das Wort zu ergreifen. Wenn er von der Nichtigkeit des gegenwärtigen Rates gesprochen hat, so ist seine Bemerkung ein Kommentar zu den täglichen Bemühungen kriegslüsterner Amerikaner, die das europäische Schiff einen möglichst gefährlichen Kurs steuern lassen möchten. Wörtlich sagte Chamberlain: „Ich kann zwar auf der einen Seite nicht meine Zustimmung dazu geben, daß England in irgendeiner Form in seiner Aufrüstung nachläßt, jedoch ist es Pflicht Englands, auf jede Möglichkeit zu achten, die anderen Länder von dem törichten Kurs, den wir alle einschlagen haben, zu überzeugen und einer Lage ein Ende zu bereiten, die, wenn sie noch weiter andauert, schließlich zum Bankrott eines jeden europäischen Landes führen muß.“ Chamberlain forderte auch mehr Vertrauen im englischen Volk, das nicht jedes Märchen glauben dürfe, das über aggressive Absichten anderer verbreitet werde. Chamberlain hat sich damit deutlich von jenen Personen distanziert, die in England und mehr noch in den USA, mit Märchen über aggressive Absichten anderer eine Rassistropfenstimmung herbeizuführen suchen. Man erkennt darin jene verantwortungsbewußte Grundeinstellung wieder, aus der heraus der britische Premierminister seinerzeit die erfolgreiche Reise nach München angetreten hat. Andererseits brachte die Rede Chamberlains gewisse Hoffnungen. Es weiterleuchtete in seiner Rede von Verlockungen und Drohungen, die nicht einmal neu sind.

Die Anerkennungsromandie

Das Hin und Her zwischen London und Paris in der Frage der Anerkennung Nationalspaniens dauert nun schon Tage. Es ist eine richtige politische Romandie. Denn England und Frankreich müssen über kurz oder lang doch den Tatsachen Rechnung tragen und General Franco anerkennen. Schämt man sich nun, die bisherigen politischen Fehler einzugeben, oder führt man aus irgendwelchen anderen Gründen die merkwürdigen Gierträge in London und Paris auf, in der Spanierfrage Farbe zu bekennen? Unendliche Ströme besten Spanischen Mutes sind geflossen. Aber kaum, daß der Sieg errungen war, da kamen die Händler von jenem des Kanals und die Hegemonialpolitiker von der Seine und versuchten, die Früchte dieses heroischen Freiheitskampfes in ihre Scheunen zu sammeln. Daß so etwas heute im Spanien eine völlige Neuordnung anbahnt, die weitanschaulich bedingt ist und deren Zweck und Ziel ein neues, nationalbewußtes, stolzes und darum auch hartes Spanien ist, ein unabhängiges Spanien, das sich nicht zum Spielball fremder Mächte machen läßt. Es war und ist den beiden Abenteurern wie General Franco selbst wirklich nur darum zu tun, an der Mittelmeerküste einen kraftvollen Nationalspanien Staat zu wissen. Das war der wahre Sinn ihrer Nichteinmischungspolitik, und es kann keine Rede davon sein, daß er durch eine westliche Einmischung in letzter Stunde in sein Gegenteil verkehrt wird. Die Außenministerien in Paris und London täten klüger, ihr Ziel verlorenzugeben und endlich die notwendigen Folgerungen zu ziehen, vor allem schenke die Regierung Franco rechtens anzuerkennen, als sich weiterhin dem Geheiß der Trägheit zu unterwerfen.

Die Balkankonferenz

Die Außenminister der vier Balkanstaaten Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei haben in Bularets über neue Zielsetzungen beraten. Große Ueberraschungen waren von dieser Tagung nicht zu erwarten. Von der einheitlichen Regelung der Beziehungen zu Nationalspanien, das man wohl demnächst de jure anerkennen wird, abgesehen, wird man sich mit der Festigung des Friedens auf dem Balkan und für die Festigung einer selbständigen, aufbauenden Außenpolitik dieser Länder beschäftigt haben. Ausschlaggebend für die Selbstständigkeit der Balkanmächte war die Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern!“. Im Geist dieser Parole wurde bereits im vorigen Jahre in Sofien die neue Schritt getan, Bulgarien die Küstungsfreiheit zuzuerkennen. Jede weitere Stabilisierung des Balkanfriedens wird davon abhängen, wie weit man geneigt ist, den Revisionswünschen Sofias Rechnung zu tragen, die sich in der letzten Zeit auf die zu Rumänien geschlagene Südbalkanbrücke zu konzentrieren scheinen, wo die Wehrheit der Bevölkerung aus Bulgaren besteht. Außerdem hat Bulgarien ein großes Interesse daran, einen Ausweg zum Mittelmeer zu erhalten. Wie wird man diese Wünsche Bulgariens berücksichtigen?

Kriegsheke in USA. ohne Ende

Wahnwitzige Rede des Vorsitzenden des Marineauschusses

Zu den Hezern gegen Europa hat sich im USA-Repräsentantenhaus nunmehr auch der Vorsitzende des Marineauschusses, der Abgeordnete Vinson, gefügt. Vinson erklärte, die Interessen der Vereinigten Staaten verläßten Amerika mit England und Frankreich. Es könne „keine Basis für die Auseinandersetzung zwischen einer Demokratie und einer Diktatur geben außer der Uebergabe der erstere“.

Vinson erklärte weiter, Amerika müsse darauf vorbereitet sein, allein zu stehen. Die nationale Verteidigung sei „in diesem chaotischen Stadium der Menschheitsgeschichte“ von größter Wichtigkeit für Amerika und die westliche Welt. Niemand dürfe glauben, wo die Welt von Diktaturmächten — Deutschland, Italien in Europa und Japan im Fernen Osten — überlaufen sei, daß es nicht das wichtigste sei, daß Amerika sorgsam auf die Verteidigung acht gebe. Es sei nicht nur notwendig, daß Amerika auf seine eigene Verteidigung achte, sondern es sei zum Vorteil Amerikas selbst, „jenen anderen großen Demokratien England und Frankreich Flugzeuge zu liefern, damit sie nicht von den Diktaturmächten zerstört werden“ (1).

Mit schillernder Anspielung auf die Politik Chamberlains wies Vinson darauf hin, daß es Leute gebe, die glauben, daß die „Leiden dieser wahnwitzigen Welt“ durch Konferenzen und Verträge zwischen Demokratien und Diktaturen gelöst werden könnten. Jeder würde solche Schritte begrüßen, falls sie für die „Rückkehr zur Weltgesundheit“ und des Wiederauflebens der „guten altmodischen Grundsätze der nationalen Ehre, Moral und Achtung“ Verpfichtungen bedeuten würden. Jede bisherige Zusammenkunft mit Diktatoren habe jedoch die unzweideutige Kapitulation bedeutet, und ein Verlede auf Grund von Bedingungen der Diktatoren sei ein „farthöglicher Friede“ (1).

Auf eine Einwendung des Abgeordneten Hamilton Fish, daß Guam der Dolch an der Kehle Japans sei und seine Befestigung der kürzeste Weg zum Krieg bedeuten würde, entgegnete Vinson, die strategische Lage der Insel im westlichen Stillen Ozean bedinge ihren unschätzbaren Wert als Verteidigungsbasis der USA-Flotte. Als im Verlauf der Senatsdebatte das Wort „Angreifernationen“ fiel, führte Senator Vinson aus, daß von allen sogenannten „Angreifernationen“ England die größte und blutigste sei. Es sei eine Unverschämtheit und Ironie, wenn gerade die Engländer mit dem Finger auf die Eroberung Abyssiniens durch Mussolini hinweisen würden.

Die aus einem ausschließlich geschäftlichen Interesse dienbaren Geist geschöpften hysterischen Ausführungen Vinsons reihen sich würdig an die der anderen Kriegshezer in der Welt. Sie bezwecken nichts anderes, als den unbefangenen Amerikanern mit unverantwortlichen Mitteln Sand in die Augen zu streuen, die verantwortlichungslöse Aufrüstung, die anrühenden Flugzeuggeschäfte mit den westlichen Demokratien und die Rot im eigenen demokratischen Paradies schamhaft zu verdecken. Wenn Vinson zugibt, die Vereinigten Staaten hätten als letzter Hort der Demokratien die Last zu tragen, muß man daran erinnern, daß Amerika bereits vor rund 25 Jahren diese „Last“ an der Seite westlicher Demokratien getragen hat, mit dem Gewinn allerdings, das Geißel der Welt in seinen Tresors zu sammeln! Daher empfiehlt Vinson im Beizeug der unverantwortlichen Kriegshezer auch das „Wiederaufleben der guten altmodischen Grundsätze“, die seinerzeit zum Weltkrieg und seinen schweren Folgen führten, als zweckmäßig und verdammt jene Männer, die in offener und ehrlicher Weise bemüht sind, dieses unheilvolle altmodische System und sein schreckliches Leid für die Welt auszuschließen.

Ausbürgerung von Fremdenlegionären

Die Zugehörigkeit deutscher Staatsangehöriger zur französischen Fremdenlegion brennt die Interessen, die dem deutschen Volk völlig fremd sind und läuft damit dem deutschen Volksempfinden zuwider. Der Eintritt in die Fremdenlegion oder der Verbleib darin schädigt die Wehr- und Arbeitskraft des eigenen Volkes und kann durch nichts mehr entschuldigt oder wiedergutmacht werden.

Aus diesem Grunde hat der Reichsminister des Innern nunmehr angeordnet, daß jedem Deutschen, der im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte sich für den Dienst in der Fremdenlegion verpflichtet oder seine Verpflichtungszeit verlängert, die deutsche Staatsangehörigkeit abzunehmen ist. Das gleiche gilt für die nach Deutschland zurückgekehrten ehemaligen Fremdenlegionäre, die sich verbotswidrig in das Ausland begeben.

Dort aber, wo das größte Leid dieser „wahnwitzigen Welt“ steht, wo Rot an Leib und Seele und hoffnungslose Arbeitslosigkeit ist, dürfte auch der größte Wahn und das Unrecht stehen. Das ist jedoch nicht bei den verhassten sogenannten Diktaturen! Die „richtigdenkenden“ Amerikaner werden unschwer feststellen können, daß niemand anders als die Kreise und Gestalten um und neben Vinson verantwortlich für das Leid, das angeblich „chaotische Stadium der Menschheitsgeschichte“, sind.

Gute Manieren notwendiger denn je

Unterstaatssekretär Castle gegen den kriegshezerischen Rooseveltkurs

Auf einer Kundgebung, die der USA-Frontkämpferverband in Pittsfield (Massachusetts) anlässlich des Geburtstages Washingtons veranstaltete, unterzog der republikanische Unterstaatssekretär Castle die augenblickliche amerikanische Außenpolitik erneut einer scharfen Kritik.

Castle sprach offen aus, daß die Roosevelt-Regierung durch ihre ständigen Angriffe auf die autoritären Länder und durch ihre fortwährenden Erklärungen, Amerika müsse vorbereitet sein, mit den Demokratien gegen die „Diktaturen“ zusammenzutreten, die Kriegsstimmung in gefährlicher Weise erhöhe. Washington als den wirklichen Urheber der Politik des „guten Nachbarn“ bezeichnend, weil dieser große Staatsmann erkannt habe, daß es weit klüger sei, mit allen Nationen befreundet zu sein und sich, wenn möglich, keine Feinde zu machen, erklärte Castle, falls die amerikanische Außenpolitik das Ziel erreichen wolle, Amerika aus einem Krieg herauszubringen, müßten alle Regierungsbeamten, vom Präsidenten angefangen, ihre Angriffe gegen ausländische Mächte einstellen.

Internationale gute Manieren seien heutzutage notwendiger denn je; die amerikanische Regierung solle entschlossen und deutlich sprechen und handeln, aber dabei stets höflich bleiben. Eine Regierung dürfe keine anderen Regierungen öffentlich kritisieren, außer im Falle eines Krieges, wenn alle Häufte der Nation gebastet seien. Die öffentliche Meinung allein müsse über Krieg oder Frieden entscheiden.

Die Marsbewohner spuken weiter

Der drohende Angriff der „Marsbewohner“ auf die friedliche amerikanische Demokratie scheint jetzt selbst in den Köpfen maßgebender amerikanischer Militärs zu spuken. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftwaffe, Generalmajor Arnold, erklärte Associated Press zufolge vor dem Militärausschuß des Senats, eine fremde Macht könne einen Lustangriff auf die Vereinigten Staaten ausführen, falls sie in Südamerika Flugbasen anlege und Vorräte anhäufe. Arnold besah dann den seltenen Fall, Deutschland als „Beispiel“ für einen solchen „Angriff“ anzuführen (11), worauf er — offenbar in plötzlicher Erkenntnis der Verantwortungslosigkeit derartiger Redereien — erklärte, er behaupte nicht, daß so etwas geschehen werde, und er glaube auch nicht daran. Er nannte dann aber doch eine geschätzte Anzahl deutscher Flugzeuge, die seines Erachtens von der Westküste Afrikas bis zur Ostküste Südamerikas fliegen könnten.

„Eine lange Periode des Friedens“

Englands Handelsminister über seinen Deutschlandbesuch

Aus Anlaß des erfolgreichen Abschlusses der kürzlichen Verhandlungen zwischen Vertretern der britischen und deutschen Kohlenindustrie veranstaltete der Verband der britischen Kohlenindustrie in London ein Bankett, auf dem der deutsche Vorkämpfer Dr. v. Dirlsen in einer Ansprache betonte, daß die zwischen den deutschen und britischen Kohlenindustrievertretern erzielte Einigung über alle Meinungsverschiedenheiten überall große Befriedigung ausgelöst habe. Zum Deutschlandbesuch des Handelsministers Stanley erklärte der Vorkämpfer, er habe seinen Zweifel darüber, daß Stanley während dieses Besuchs Gelegenheit haben werde, sich mit den Wirtschaftsfragen Großdeutschlands vertraut zu machen.

Der englische Handelsminister Oliver Stanley sprach dann die Hoffnung aus, die deutschen Probleme kennenzulernen. Die zum Abschluß gekommenen Kohlenbesprechungen seien ein wertvolles Vorspiel für die umfangreicheren Wirtschaftsverhandlungen im kommenden Monat. Vor einigen Wochen habe der Führer gesagt, er erwarte und wünsche eine lange Periode des Friedens. Mit diesen Worten habe er eine klingende Saite im Herzen eines jeden Engländers angeschlagen. „Auch wir“, so erklärte Stanley, „erwarten und wünschen eine lange Periode des Friedens über alles in der Welt. Gibt es eine sichere Grundlage hierfür, als die, daß zwei große Handelsländer es fertigbringen, die vielfältigen Fäden ihrer wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Wege gegenseitiger Verständigung, guten Willens und beiderseitigen Augens zu ordnen?“